

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung
Beschlussdatum: 06.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 1270 bis 1275 einfügen:

Entwicklung (OECD) vereinbarte Quote von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investiert. Dies schließt mindestens 0,2 Prozent für die am Wenigsten Entwickelten Länder ein. Darüber hinaus stellen wir zusätzliche Mittel für die internationale Klima- und Biodiversitätsfinanzierung bereit und setzen uns für ambitionierte neue Finanzierungsziele für Klima und die Agenda 2030 ein. Die Ausgaben für Entwicklungspolitik, Krisenprävention, Humanitäre Hilfe sowie Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik steigern wir im Maßstab eins zu eins wie die Ausgaben für Verteidigung. Um zur Deckung des massiven Investitionsbedarfs beizutragen, wollen wir auch den deutschen

Begründung

0,2% für Least Developed Countries (LDCs): sogenannte Doha-Quote, war im Koalitionsvertrag und entspricht sehr lange grüner Programmatik.

Wie für die Investitionen in unsere nationale Infrastruktur sind auch die Investitionen in den internationalen Partnerschaften in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt worden (siehe die grüne Position der Zusätzlichkeit der Klima- und Biodiversitätsfinanzierung zur Entwicklungsfinanzierung). Die Agenda 2030 ist weit davon entfernt, erreicht zu werden und die Klima- und Biodiversitätskrisen brechen immer stärker über uns herein. Daraus folgend sind die weltweiten Bedarfe für nachhaltige Transformation und Resilienzaufbau exorbitant. Dafür brauchen wir mehr Haushaltsmittel, um auch private Mittel stärker mobilisieren zu können. Unsere Investitionen in die internationale Zusammenarbeit sind ein wichtiger Beitrag zur Erreichung globaler Entwicklungs-, Klima- und Biodiversitätsziele und schaffen bei unseren internationalen Partnern hohes Ansehen und Vertrauen für partnerschaftliches Zusammenarbeiten (gerade auch im internationalen Wettbewerb). Wir müssen daher unsere Finanzierungsbeiträge für internationale Maßnahmen deutlich steigern.

Die Forderung nach einer "eins zu eins" Steigerung im Vergleich zu den Verteidigungsausgaben stand bereits im Koalitionsvertrag der Ampel 2021. Als Grüne haben wir uns in Finanzverhandlungen innerhalb der Koalition immer sehr stark für dieses Ziel eingesetzt. Die finanziellen Bedarfe sind seitdem gewachsen statt gesunken. Wir sollten uns daher klar zu diesem Ziel bekennen und mit diesem Ziel erneut in politische Gespräche mit möglichen Koalitionspartner*innen gehen.